

| Council of European Municipalities and Regions
| Conseil des Communes et Régions d'Europe
| Συμβούλιο των Ευρωπαϊκών Δήμων και Περιφερειών
| Consejo de municipios y regiones de Europa
| Consiglio dei comuni e delle regioni d'Europa
| Raad der Europese gemeenten en regio's
| Conselho dos municípios e regiões da Europa



| **RGRE** | Gereonstraße 18 - 32 | 50670 Köln

Rat der Gemeinden und Regionen Europas | Deutsche Sektion

Datum

Dezember 2020/Ger

Unser Zeichen

81.00.06

Telefon +49 221 3771-0

Durchwahl 3771-315

Telefax +49 221 3771-7315

E-Mail

mascha.gerwin@staedtetag.de

Bearbeitet von

Mascha Gerwin

RGRE- Infobrief 05/2020

Infobrief

für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker

in Rat und Verwaltung

IN EIGENER SACHE

Bitte teilen Sie uns mit, wenn sich Ihre E-Mail-Anschrift ändert.

Schicken Sie uns einfach eine E-Mail an: [infobrief\(at\)rgre.de](mailto:infobrief(at)rgre.de).

Bitte fügen Sie dieser E-Mail auch Ihre Anschrift sowie Ihre Mitgliedsnummer bei.

Wir danken für Ihre Hilfe und wünschen angenehme Lektüre.

Ihr RGRE-Team

Hinweis: Die im Infobrief aufgeführten Informationen sind mit größter Sorgfalt recherchiert. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der genannten Daten können wir allerdings keine Gewähr übernehmen.

Gereonstraße 18 - 32, 50670 Köln | Telefon +49 221 3771-0 Telefax +49 221 3771-128
Durchwahl +49 221 3771-310 und +49 221 3771-188
Internet: www.rgre.de | Mail: post@rgre.de

Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn Konto 30 212 153 (BLZ 370 501 98) | IBAN: DE15 3705 0198 0030 2121 53 SWIFT-BIC: COLSDE33

Inhaltsverzeichnis

I. Deutsche Sektion des RGRE	4
Neue RGRE-Broschüre „Gute Beispiele der kommunalen Europaarbeit“	4
RGRE zum islamistischen Terroranschlag in Wien	4
Lebendiger Austausch der EU- und Förderreferenten in schwierigen Zeiten	5
Virtuelle Sitzung der jungen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger	5
II. Europäische Union	6
Kommission veröffentlicht Arbeitsprogramm für 2021	6
EU-weites System zum Austausch von nationalen Corona-WarnApps	6
Neue LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie der Europäischen Kommission.....	7
Neue Karte mit europäischer Corona-Ampel.....	7
III. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit	7
Gabi Schock aus Krefeld neue Vorsitzende des KEZ-Ausschusses	7
Fünf Jahre Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in den Kommunen	8
IV. Konsultationen	9
Konsultation zur legalen Migration.....	9
Konsultation zu staatlichen Umweltschutz- und Energiebeihilfen	9
Konsultationen zu vier Gesetzesvorhaben im Bereich Klimaschutz	9
Konsultation zu Lieferketten und nachhaltiger Unternehmensführung.....	10
Konsultationen zum Thema erneuerbare Energien und zur Energieeffizienz	11
Konsultation zum Null-Schadstoff-Aktionsplan	11
V. Veröffentlichungen	12
Zeitschriftenspiegel	12
VI. Partnerschaftsarbeit	15
Partnerschaftsgesuche	15
...aus Benin: Za-Kpota.....	15
...aus Benin: Aplahoué.....	15
...aus Benin: Djougou.....	16
...aus den USA: Rio South Texas (Texas).....	17
...aus den USA: East Montgomery County (Texas).....	17
...aus den USA: Tupelo (Mississippi).....	17
VII. Veranstaltungen / Wettbewerbe / Sonstiges	18
Online-Workshop „Städtepartnerschaften digital“ am 15. Dezember 2020	18

Aufruf für Vorschläge zum „Preis Frauen Europas – Deutschland“ 2021	18
Sieben deutsche Kommunen im Finale des Nachhaltigkeitspreises „Kommunale Partnerschaften“	19
Chemnitz „Kulturhauptstadt Europas 2025“ in Deutschland	19
Bewerbungsphase für die Europäische Jugendhauptstadt 2024 gestartet	19

I. Deutsche Sektion des RGRE

Neue RGRE-Broschüre „Gute Beispiele der kommunalen Europaarbeit“

Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) hat eine neue Handreichung zur Unterstützung der Europaarbeit in Städten, Landkreisen und Gemeinden veröffentlicht. Die Broschüre „Gute Beispiele der kommunalen Europaarbeit“ wurde im Arbeitskreis der EU- und Förderreferentinnen und -referenten der deutschen RGRE-Sektion erarbeitet soll und Impulse und Anregungen für die Europaarbeit vor Ort geben, zum Nachahmen und Experimentieren motivieren und einen konkreten Mehrwert für die tägliche Arbeit bringen.

Die neue Broschüre bietet einen schnellen, informativen und praxisorientierten Überblick über Maßnahmen, Aktivitäten und Herangehensweisen, die die Europaarbeit in RGRE-Mitgliedkommunen erfolgreich vorangebracht und strategisch gestärkt haben. Die vorgestellten Beispiele orientieren sich an den Säulen der Europaarbeit aus der 2013 erschienenen RGRE-Handreichung „Europaarbeit in den Kommunen – Motive, Inhalte, Mehrwert“. In Ergänzung dazu wurden die Säulen „Personelle und finanzielle Ressourcen für die Europaarbeit“ und „Motivation und Wertschätzung für Mitarbeitende“ sowie „Ganzheitliche Ansätze der kommunalen Europaarbeit“ hinzugefügt. Damit ist die Sammlung eine sinnvolle Ergänzung und Fortführung der RGRE-Broschüre aus dem Jahr 2013.

Broschüre sowie weitere gute Beispiele der kommunalen Europaarbeit: www.rgre.de/gute-beispiele-der-kommunalen-europaarbeit/ (ger)

RGRE zum islamistischen Terroranschlag in Wien

Bei dem Terroranschlag am 2. November 2020 in der österreichischen Hauptstadt Wien sind zwei Frauen und zwei Männer getötet worden. Darüber hinaus wurden mehr als ein Dutzend Menschen zum Teil schwer verletzt, darunter auch ein Polizist. Die Terrorattacke geht Behördenangaben zufolge auf das Konto eines islamistischen Terroristen, der von der Polizei erschossen wurde.

Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) hat mit großer Bestürzung auf den schrecklichen Anschlag in Wien reagiert. Der RGRE-Präsident und Oberbürgermeister von Karlsruhe, Dr. Frank Mentrup, hat in einem Brief an den Österreichischen Städtebund sein tiefes Mitgefühl mit den Opfern der entsetzlichen Tat, ihren Angehörigen, den couragierten Helferinnen und Helfern und Sicherheitskräften und den Verletzten bekundet. „Der Anschlag gilt nicht nur Wien oder Österreich. Der Anschlag gilt uns allen, die wir uns für Europa und unsere europäischen Grundwerte einsetzen. Wien und Österreich sind in diesen schweren Stunden nicht allein. Wir Europäerinnen und Europäer sind in dieser schwierigen Zeit in Gedanken bei Ihnen und stehen solidarisch an Ihrer Seite.“ (bb)

Lebendiger Austausch der EU- und Förderreferenten in schwierigen Zeiten

Die Mitglieder des Arbeitskreises der EU- und Förderreferentinnen und -referenten tagten am 15. und 16. Oktober 2020 virtuell per Videokonferenz. Schwerpunktthemen waren die Verhandlungen zum neuen Mehrjährigen Finanzrahmen und die geplante Konferenz zur Zukunft Europas. Lina Furch, stellvertretende Generalsekretärin der deutschen Sektion des RGRE, betonte in ihrer Begrüßung die Bedeutung des Austauschs untereinander insbesondere in diesen schwierigen Zeiten.

Auch gab es wieder die Gelegenheit zum Gespräch an den mittlerweile etablierten Thementischen – dieses Mal in virtuellen Kleingruppen. Diskussionsstoff boten diesmal der neue Aktenplan der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt), das neue Akkreditierungsformat im Erasmus+-Programm und die Umsetzung des Partnerschaftsprinzips in der Zusammenarbeit mit der Landesebene. Florian Domansky, Europabeauftragter beim Landschaftsverband Rheinland (LVR) gab den neuen Arbeitskreismitgliedern zudem Tipps und Einstiegshilfen in die kommunale Europaarbeit.

Die virtuelle Sitzung gab trotz des ungewöhnlichen Formats viel Gelegenheit zum Austausch und zur Diskussion mit den Referentinnen und Referenten und den Kolleginnen und Kollegen aus anderen Städten, Gemeinden und Landkreisen. Nichtsdestotrotz freut sich der Arbeitskreis auf seine 49. Sitzung am 22. und 23. April 2021. In der Hoffnung, dass sich die Corona-Lage bis dahin soweit entspannt hat, dass physische Treffen wieder möglich sind, soll die Tagung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stattfinden.
(ger)

Virtuelle Sitzung der jungen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger

Bedingt durch die Corona-Pandemie fand die vierte Sitzung des Arbeitskreises der jungen lokalen und regionalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger virtuell per Videokonferenz statt. Am Freitag, 2. Oktober 2020 tauschten sich etwa zwölf junge Politikerinnen und Politiker zu aktuellen europapolitischen Themen aus. Ein zentraler Tagesordnungspunkt war der Vortrag von Anna Martin aus der EU-Koordinierungsgruppe Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 des Auswärtigen Amtes. Sie präsentierte eine Zwischenbilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, die angesichts der Corona-Pandemie unter dem Motto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“ steht.

Ein weiteres Thema der Sitzung war der europäische Ausschuss der „Young Local and Regional Elected Representatives“. Dieser stellt auf Ebene des europäischen Dachverbands „Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR) das Pendant zum „AK JUMA“ in der deutschen Sektion des RGRE dar. Der zuständige „Mobilisation and Youth Officer“ des CEMR, Redouan Boudiba, berichtete von den bisherigen Treffen des Ausschusses sowie vom kurz zuvor beendeten CEMR-Retreat. Auch Hannah-Lea Braun, Ortschaftsrätin in Maichingen und Mitglied des AK JUMA und des europäischen Ausschusses der „Young Elected“ gab den Teilnehmenden einen Einblick in ihre Erfahrungen im europäischen Ausschuss.

Das virtuelle Treffen machte deutlich, wie wichtig der Austausch zu aktuellen Entwicklungen auch und insbesondere in der aktuellen Krisenzeit ist. Die nun häufig genutzten Möglichkeiten des digitalen Austauschs bieten die Chance, trotz großer räumlicher Entfernungen verstärkt miteinander in Kontakt zu treten – auch über nationale Grenzen hinweg. Die fünfte Sitzung des Arbeitskreises der jungen lokalen und regionalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger findet – sofern es die allgemeine Lage dann wieder zulässt – am Freitag, 12. März 2021 in der Geschäftsstelle des RGRE in den Räumen des Deutschen Städtetages in Köln statt. (ger)

II. Europäische Union

Kommission veröffentlicht Arbeitsprogramm für 2021

Im Anschluss an Ursula von der Leyens [erste Rede zur Lage der Union](#) hat die Europäische Kommission ihr Arbeitsprogramm für das nächste Jahr veröffentlicht. Unter dem Motto „Eine vitale Union in einer fragilen Welt“ stehen dabei die Bewältigung der Corona-Krise und der wirtschaftliche Wiederaufbau, der nicht nur Schäden beheben, sondern vor allem den Weg für eine bessere Lebensweise in der Zukunft bereiten soll, im Fokus. Zentrale Themen sind zudem der Europäische Grüne Deal, die Europäische Säule sozialer Rechte, die Digitalisierung und Europas Rolle in der Welt.

Zum Arbeitsprogramm: https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:91ce5c0f-12b6-11eb-9a54-01aa75ed71a1.0003.02/DOC_1&format=PDF

Weitere Dokumente wie die Anhänge zum Arbeitsprogramm und kurze Factsheets finden Sie unter https://ec.europa.eu/info/publications/2021-commission-work-programme-key-documents_de.

EU-weites System zum Austausch von nationalen Corona-WarnApps

Im Kampf gegen das Coronavirus haben viele Mitgliedstaaten der Europäischen Union Nachverfolgungs- und Warn-Apps eingeführt. Sie können Maßnahmen wie die herkömmliche Kontaktrückverfolgung und verstärkte Tests ergänzen und dabei helfen, Übertragungsketten zu durchbrechen. Damit die Apps auch über Grenzen hinweg reibungslos funktionieren, hat die Europäische Kommission Anfang dieser Woche das EU-weite System für Interoperabilität von Kontaktnachverfolgungs- und Warn-Apps in Betrieb genommen.

Über diesen sogenannten Datenabgleichsdienst werden eine erste Reihe nationaler Apps miteinander verknüpft: Deutschlands „Corona-Warn-App“, Irlands „COVID tracker“ und Italiens „Immun“. Weitere Apps wie Tschechiens „eRouška“, Dänemarks „Smitte stop“, Lettlands „Apturi COVID“ und Spaniens „Radar Covid“ werden in den nächsten Wochen folgen. Insgesamt sollen 18 nationale Apps über den Datenabgleichsdienst interoperabel funktionieren.

Der Dienst sorgt dafür, dass die nationalen Apps auch über Grenzen hinweg funktionieren und Nutzerinnen und Nutzer nur eine App installieren müssen. Der Datenaustausch mit dem Server des Abgleichsdienstes erfolgt laut Europäischer Kommission pseudonymisiert und verschlüsselt und bleibt auf ein Minimum beschränkt. Alle Daten werden nur so lange gespeichert, wie es für die Rückverfolgung von Infektionen erforderlich ist. Eine Identifizierung einzelner Personen ist ebenso unmöglich wie eine Ortung oder Verfolgung der Bewegung von Geräten.

Mehr Informationen: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1904 (bb)

Neue LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie der Europäischen Kommission

Im November stellte die Europäische Kommission ihre erste Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen vor. Für die Jahre 2020 bis 2025 werden darin verschiedene Maßnahmen genannt, die die Bekämpfung von Diskriminierung und den Aufbau inklusiver Gesellschaften zum Ziel haben. Unter anderem soll die Liste von EU-Vergehen um Hassstraftaten, einschließlich homophober Hetze und Hassdelikte, ergänzt werden und es sollen neue Regeln über die grenzüberschreitende Anerkennung von Elternschaft vorgelegt werden. Außerdem sollen LGBTIQ-Anliegen in der Politikgestaltung der EU angemessen berücksichtigt werden. (ger)

Mehr Informationen: https://ec.europa.eu/germany/news/20201112-gleichstellungsstrategie-lgbtig_de

Neue Karte mit europäischer Corona-Ampel

Auf der Webseite des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) sind verschiedene Europakarten verfügbar, die die aktuelle Situation bzgl. der Corona-Pandemie in den EU-Mitgliedsstaaten, dem Europäischen Wirtschaftsraum und dem Vereinigten Königreich anhand unterschiedlicher Indikatoren zeigen. Die Karten werden jeden Donnerstag aktualisiert und ermöglichen einen schnellen Überblick über die aktuelle Situation in Europa und den einzelnen Ländern. (ger)

Mehr Informationen: <https://www.ecdc.europa.eu/en/covid-19/situation-updates/weekly-maps-coordinated-restriction-free-movement>

III. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Gabi Schock aus Krefeld neue Vorsitzende des KEZ-Ausschusses

Bei der Sitzung des Ausschusses für kommunale Entwicklungszusammenarbeit im schleswig-holsteinischen Norderstedt, an der rund 20 Mitglieder sowie Referentinnen und Referenten teilgenommen haben, wurde die langjährige Vorsitzende, Stadträtin Christiane Overmans aus Bonn, gewürdigt und verabschiedet. Overmans hatte 2011 den jüngsten Fachausschuss der Deutschen Sektion des RGRE ins Leben gerufen und auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene die kommunale Entwicklungszusammenarbeit engagiert vertreten.

Als neue Vorsitzende wählten die Ausschussmitglieder Gabi Schock aus Krefeld. Die ehrenamtliche Kommunalpolitikerin ist hauptberuflich bei den Stadtwerken Düsseldorf beschäftigt und hat sich die Themen Klimawandel und Energie auf die Fahnen geschrieben. Schließlich nimmt die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung nicht nur Veränderungen im Globalen Süden in den Blick, sondern auch im Globalen Norden. „Nachhaltiger Energieverbrauch im Norden und eine Senkung von Kohlendioxid-Emissionen in deutschen Kommunen kommen dem Klima weltweit zugute, denn Klimaschutz kennt keine Grenzen“, sagte die neu gewählte Vorsitzende.

In einer Beschlussempfehlung ermutigte der Ausschuss seine Mitglieder, vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie für eine Intensivierung des kommunalen Austausches mit Kommunen in Entwicklungsländern einzutreten. In diesem Zusammenhang begrüßten die Mitglieder das Kommunale Corona-

Solidarpaket und Förderinstrument des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Im Rahmen des Kommunalen Corona-Solidarpakets wird die Solidarität zwischen deutschen Kommunen und ihren Partnern im Globalen Süden in der Corona-Krise kurzfristig und unbürokratisch unterstützt.

Kommunen und Kommunalverbände können noch bis Ende Dezember 2020 Förderanträge für Projekte mit einer maximalen Laufzeit von zwölf Monaten stellen. Die Zuschüsse betragen zwischen 1.000 und 50.000 Euro und werden als Vollfinanzierung gewährt. Mit der Durchführung ist die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) beauftragt. (dr)

Fünf Jahre Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in den Kommunen

Mit der Agenda 2030 haben die Vereinten Nationen 2015 ein umfassendes Rahmenwerk für eine nachhaltige Entwicklung und damit einen weltweiten Aktionsplan für Solidarität und Gerechtigkeit verabschiedet. Das Herz der Agenda 2030 bilden die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung. Diese sogenannten Sustainable Development Goals (SDGs) definieren, in was für einer Welt wir bis zum Jahr 2030 leben wollen, um den Erfordernissen der heutigen Generationen zu entsprechen, ohne dabei die Bedürfnisse zukünftiger Generationen zu gefährden. Mit dem Ziel „Nachhaltige Städte und Gemeinde“ (SDG 11) erkennt die Agenda 2030 die zentrale Rolle der Kommunen für eine nachhaltige Entwicklung an.

Die Kommunen setzen die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung auf drei Ebenen um. So gibt es Nachhaltigkeitsmaßnahmen, die ihre Wirkung in der eigenen Kommune, weltweit oder in anderen Ländern durch andere Kommunen entfalten. Das Engagement der Kommunen für nachhaltige Entwicklung wurde dabei nicht erst durch die Agenda 2030 ausgelöst. Grenzüberschreitende kommunale Kooperationen und lokale Nachhaltigkeitsmaßnahmen existieren deutlich länger als die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung und fanden spätestens 1992 mit dem Leitmotiv „Global denken, lokal handeln“ der Agenda 21 auch Anerkennung auf UN-Ebene. Jedoch bieten die SDGs den Kommunen neue Möglichkeiten, wenn es darum geht, Nachhaltigkeitsmaßnahmen systematisch einzuordnen und zu kommunizieren.

Bezeichnend ist in dieser Hinsicht der Erfolg der Musterresolution „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und des Deutschen Städtetages (DST). Mit der Unterzeichnung dieser Resolution haben sich bereits über 150 Kommunen in Deutschland zu einer nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 bekannt. Ein solches Bekenntnis hilft, relevante Akteurinnen und Akteure zusammenzubringen und die Möglichkeiten für weiterführende lokale Nachhaltigkeitsmaßnahmen zu analysieren.

Auf europäischer Ebene unterstützt das Projekt „PLATFORMA“ des europäischen RGRE-Dachverbandes „Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR) die Entwicklungszusammenarbeit von Kommunen mit Finanzierungs-, Beratungs- und Vernetzungsangeboten. Zudem vertritt PLATFORMA zusammen mit dem Weltverband „United Cities and Local Governments“ (UCLG) die Interessen der Kommunen gegenüber dem Hochrangigen Politischen Forum für nachhaltige Entwicklung (High Level Political Forum/HLPF) – dem UN-Gremium zur Abstimmung der globalen Nachhaltigkeitspolitik. Eine nachhaltige Entwicklung kann nur dann gelingen, wenn die Expertise der Kommunen bei der Umsetzung und Ausarbeitung von Zielsetzungen, wie den SDGs, berücksichtigt wird. (mib)

IV. Konsultationen

Konsultation zur legalen Migration

Im Kontext des neuen Asyl- und Migrationspakets führt die Europäische Kommission eine Konsultation zum Thema legale Migration durch. Mit dieser öffentlichen Konsultation sollen Bereiche ermittelt werden, in denen der EU-Rahmen für legale Migration auch durch mögliche neue Rechtsvorschriften weiter verbessert werden könnte. Ferner werden die Interessenträger aufgefordert, neue Ideen vorzuschlagen, um die Attraktivität der EU zu steigern, die Abstimmung von Qualifikationsangebot und -nachfrage zu erleichtern und Arbeitsmigrantinnen und -migranten besser vor Ausbeutung zu schützen. Die Ergebnisse dieser Konsultation werden der Kommission dabei helfen zu entscheiden, welche sonstigen Initiativen zur Bewältigung der langfristigen Herausforderungen in diesem Bereich erforderlich sind.

Frist für die Einsendung von Rückmeldungen ist der 30. Dezember 2020.

Zur Konsultation: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12594-Legal-migration-public-consultation/public-consultation>

Konsultation zu staatlichen Umweltschutz- und Energiebeihilfen

Im Rahmen dieser Konsultation sollen Interessenträger Gelegenheit erhalten, zu den künftigen Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen, die ab dem 1. Januar 2022 gelten werden, und den sich auf diese Bereiche beziehenden Artikeln 36 bis 49 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) Stellung zu nehmen.

Zur Konsultation: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12616-Revision-of-the-Energy-and-Environmental-Aid-Guidelines-EEAG->

Frist für die Beteiligung an diesen Konsultationen ist der 7. Januar 2021.

Konsultationen zu vier Gesetzesvorhaben im Bereich Klimaschutz

Mit der Mitteilung über ehrgeizigere Klimaschutzziele der EU bis 2030 schlug die Kommission für die Reduktion der Netto-Treibhausgasemissionen in der EU bis 2030 eine wirtschaftsweite Zielvorgabe von 55 % gegenüber dem Stand von 1990 vor. Zur Umsetzung dieses Plans will die Kommission bis Juni 2021 die wichtigsten einschlägigen energie- und klimabezogenen Rechtsakte überarbeiten. Im Zuge dieser Revision hat die Europäische Kommission Konsultationen zu vier verschiedenen Klimaschutzthemen veröffentlicht:

1. Nationale Zielvorgaben für die Emissionssenkung (Lastenteilungsverordnung)

Mit dieser Konsultation sollen Beiträge der Interessenträger zur Überarbeitung der Verordnung zur Festlegung verbindlicher Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen durch die Mitgliedstaaten im Zeitraum 2021 bis 2030 (Lastenteilungsverordnung) eingeholt werden.

Zur Konsultation: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12656-National-emissions-reduction-targets-Effort-Sharing-Regulation-review-based-on-2030-climate-target-plan/public-consultation>

2. CO₂-Emissionen aus Pkw und Kleintransportern

Mit dieser Konsultation sollen Beiträge der Interessenträger zur Überarbeitung der Verordnung über CO₂-Emissionsnormen für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge eingeholt werden. Die Kommission erhofft sich Stellungnahmen zum Ambitionsniveau der Zielvorgaben, zur Anreizregelung für emissionsfreie und emissionsarme Fahrzeuge und zu den Gestaltungselementen des Regulierungsrahmens, die es ermöglichen, den Beiträgen von erneuerbaren und CO₂-armen Kraftstoffen Rechnung zu tragen.

Zur Konsultation: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12655-CO2-emissions-for-cars-and-vans-revision-of-performance-standards/public-consultation>

3. Aktualisierung des EU-Emissionshandelssystems (EHS)

Mit dieser Konsultation sollen Meinungen der Interessenträger zur Überarbeitung der EU-Emissionshandelsrichtlinie, einschließlich zur Rolle des EU-EHS und seines Beitrags zu den allgemeinen Klimazielen bis 2030, eingeholt werden. Die Kommission erhofft sich unter anderem Beiträge zu folgenden Themen: Vermeidung der Verlagerung von CO₂-Emissionen, mögliche Erweiterung des EU-EHS (z. B. auf Verkehr, Gebäude und Seeverkehr), Marktstabilitätsreserve, Verwendung der Einnahmen und Mechanismen zur Förderung von CO₂-armen Technologien.

Zur Konsultation: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12660-Climate-change-updating-the-EU-emissions-trading-system-ETS-/public-consultation>

4. Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft

Mit dieser Konsultation sollen Beiträge der Interessenträger zur Überarbeitung der Verordnung über Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF-Verordnung) eingeholt werden. Die Kommission erhofft sich Beiträge zu den aufgetretenen Problemen und ihren Ursachen, zu möglichen politischen Ansätzen zur Behebung dieser Probleme und zu den Verknüpfungen zu anderen klimabezogenen Rechtsvorschriften.

Zur Konsultation: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12657-Land-use-land-use-change-forestry-review-of-EU-rules/public-consultation>

Frist für die Beteiligung an diesen vier Konsultationen ist der 5. Februar 2021.

Konsultation zu Lieferketten und nachhaltiger Unternehmensführung

Mit dem Ziel, Nachhaltigkeit entsprechend dem europäischen Grünen Deal stärker in der Unternehmensführung verankern, hat die Europäische Kommission eine öffentliche Konsultation eingeleitet. Die Ergebnisse dieser öffentlichen Konsultation werden in einen Gesetzgebungsvorschlag einfließen, den die EU-Kommission im Jahr 2021 vorlegen wird.

Frist für die Beteiligung an dieser Konsultation ist der 8. Februar 2021.

Zur Konsultation: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12548-Sustainable-corporate-governance/public-consultation>

Konsultationen zum Thema erneuerbare Energien und zur Energieeffizienz

Im Kontext des Grünen Deals hat sich die Europäische Kommission zu stärkeren Klimaschutzmaßnahmen verpflichtet. Daher überprüft sie nun, wie eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 50 bis 55 Prozent bis 2030 erreicht werden kann. Dabei wird untersucht, inwieweit die EU-Vorschriften für erneuerbare Energien (Richtlinie 2018/2001/EU) zur Erreichung höherer EU-Klimaziele beitragen können und wie der Übergang zu einem stärker integrierten Energiesystem im Einklang mit der Strategie für die Integration des Energiesystems und der Wasserstoffstrategie beschleunigt werden kann.

Mit einer Konsultation zur den EU-Vorschriften für erneuerbare Energien soll ermittelt werden, wie die Erneuerbare-Energien-Richtlinie nach Ansicht der Interessenträger überarbeitet werden sollte. Die Konsultation wird zunächst auf Englisch veröffentlicht. Ab dem 9. Dezember 2020 werden Übersetzungen in andere EU-Amtssprachen vorliegen.

Zur Konsultation: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12553-Revision-of-the-Renewable-Energy-Directive-EU-2018-2001>

Mit einer Konsultation zur EU-Energieeffizienzrichtlinie sollen die Meinungen der Interessenträger sowohl zur Evaluierung als auch zur Überarbeitung der Richtlinie eingeholt werden. Die Konsultation wird zunächst auf Englisch veröffentlicht. Nach dem 11. Dezember 2020 werden auch Übersetzungen in andere EU-Amtssprachen vorliegen.

Zur Konsultation: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12552-Review-of-Directive-2012-27-EU-on-energy-efficiency/public-consultation>

Frist für die Beteiligung an diesen Konsultationen ist der 9. Februar 2021.

Konsultation zum Null-Schadstoff-Aktionsplan

Ziel dieser Konsultation ist es, die Meinungen von Bürgerinnen und Bürgern und Interessenträgern zum EU-Aktionsplan „Auf dem Weg zu einem Null-Schadstoff-Ziel der EU für Luft, Wasser und Boden“ einzuholen. Im europäischen Grünen Deal wurde angekündigt, dass die EU zum Schutz der europäischen Bürgerinnen und Bürger und Ökosysteme auf ein Null-Schadstoff-Ziel hinarbeiten und die Verschmutzung von Luft, Wasser, Boden und durch Verbraucherprodukte besser verhindern und beseitigen muss. Um diesen miteinander verknüpften Herausforderungen zu begegnen, wird die Kommission 2021 einen Null-Schadstoff-Aktionsplan annehmen. Die Rückmeldungen sollen bei der Weiterentwicklung und Feinabstimmung der Initiative berücksichtigt werden.

Zur Konsultation: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12588-EU-Action-Plan-Towards-a-Zero-Pollution-Ambition-for-air-water-and-soil/public-consultation>

Frist für die Beteiligung an diesen Konsultationen ist der 10. Februar 2021.

V. Veröffentlichungen

Zeitschriftenspiegel

Fundstelle	Ausgabe	Autor/in	Titel des Artikels
Europa kommunal	44. 2020, H. 5, S. 14		Blumensamen als Zeichen der Freundschaft: Grenzüberschreitende Freundschaftsaktion saarländischer Kommunen
Europa kommunal	44. 2020, H. 5, S. 23		Kommunen auf dem Weg zu sicheren Häfen: Kommunales Bündnis zur Aufnahme von Geflüchteten
Der Bayerische Bürgermeister	73. 2020, H. 10 S. 410 – 437		[Thema des Monats:] Europa
Der Landkreis	90. 2020, H. 8 -9, S. 392	Altmaier, Peter	Gemeinsam. Europa wieder stark machen.
Europa kommunal	44. 2020, H. 5, S. 26 - 28	Baltsch, Barbara	Drei deutsche Städte im Finale dabei: Endrunde im Wettbewerb „EU-Städte für fairen und ethischen Handel“
Europa kommunal	44. 2020, H. 5, S. 7 - 11	Baltsch, Barbara	Solidarität von Partnerstädten kennt keine Grenzen: Kommunale Zusammenarbeit während der Corona-Pandemie
Europa kommunal	44. 2020, H. 5, S. 12 - 13	Baltsch, Barbara	Steinmeier und Matarrella danken Partnerstädten: Solidarität deutscher und italienischer Kommunen in Corona-Zeiten
Der Landkreis	90. 2020, H. 8-9, S. 416 - 417	Brechtel, Fritz; Seefeldt, Dietmar	Die Südpfalz hilft ihrem elsässischen Nachbarn: Solidarität in Zeiten der Corona-Pandemie ; Materielle Hilfen trotz knapper eigener Reserven
Die öffentliche Verwaltung	73. 2020, H. 17, S. 749 - 759	Buckler, Julius	Schengen-Grenzmanagement 2022: zur Vorverlagerung der Grenzkontrollen durch das Europäische Reiseinformations- und Genehmigungssystem ETIAS

Europa kommunal	44. 2020, H. 5, S. 14	Butt-Pośnik, Jochen	Kein Geld für Partnerschaften bei Homophobie-Verdacht? Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ der Europäischen Union
Städtetag aktuell	2020, H. 7, S. 8 - 9	Drees, Sabine	Deutsch-türkische Städtepartnerschaftskonferenz: Mit Städtediplomatie neue Brücken schlagen
Europa kommunal	44. 2020, H. 5, S. 20 - 22	Elsaeßer, Miriam	Deutsche Kommunen weltweit solidarisch: Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“
Europarecht	55. 2020, H. 5, S. 536 - 553	Fiebelkorn, Vera; Petzold, Hans Arno	Am Beispiel der europäischen Struktur- und Investitionsfonds: EU-Förderung in geteilter Verwaltung
Europarecht	55. 2020, H. 4, S. 431 - 449	Fuchs, Michael	Die rotierende EU-Ratspräsidentschaft
Europa kommunal	44. 2020, H. 5, S. 3 - 6	Furch, Lina	Die europäische Gemeinschaft zwischen Egoismen und Solidarität: Europas Zukunft in der Krise
Europa kommunal	44. 2020, H. 5, S. 3 - 6	Gerwin, Mascha	Mehr Sichtbarkeit für kommunale Partnerschaften: Neue Online-Datenbank der Deutschen Sektion des RGRE
Städte- und Gemeinderat	74. 2020, H. 10, S. 21 – 23	Gluth, Eric Joachim	Eurode: Auf dem Weg zu einem geeinten Europa
Städte- und Gemeinderat	74. 2020, H. 10, S. 11 - 12	Heller, Rainer	Europa aus erster Hand: Besonders für Jugendliche
Städte- und Gemeinderat	74. 2020, H. 10, S. 8 - 10	Holthoff-Pförtner, Stephan	Förderung von Städtepartnerschaften in NRW
Chemnitz (elektronische Ressource)	2020	Hrsg. Stadt Chemnitz	Europaarbeit der Stadt Chemnitz: Jahresbericht 2019; Projekte, Veranstaltungen, Initiativen, Netzwerke
Der Landkreis	90. 2020, H. 8 – 9, S. 393 - 394	Huber, Peter Michael	Die deutsche Ratspräsidentschaft 2020 und die Rechtsgemeinschaft der Europäischen Union
Städte- und Gemeinderat	74. 2020, H. 10, S. 19 - 20	Kuschke, Wolfram; Pfundheller, Kai	Mit Kommunen für mehr europäische Zusammenarbeit

Der Landkreis	90. 2020, H. 8 – 9, Lange, Bernd; Habermann, Thomas	S. 406 - 407	Der AdR im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft
Europa kommunal	44. 2020, H. 5, S. Lensch, Benjamin; Okoh, Anna	24 - 25	Steuern Brüssel und London auf einen harten Bruch zu? Künftige Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich
Zeitschrift für Gesetzgebung	35. 2020, H. 3, S. Lock, Tobias	193 - 214	Von Komplexität und politischem Kompromiss: Das Austrittsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich
NST-Nachrichten	48. 2020, H. 5, S. Mende, Dirk-Ulrich	32 - 35	EU-Ratspräsidentschaft und Kommunen: Die Forderungen des Deutschen Städtetages
Forum Wohnen und Stadtentwicklung	12. 2020, H. 5, S. Oehler, Patrick; Schnur, Olaf; Becker, Anna	271 - 277	Was meint lokale Demokratie und was trägt Gemeinwesenarbeit dazu bei? Neun Thesen
Der Landkreis	90. 2020, H. 8 – 9, Roth, Michael	S. 398 - 399	Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft: In Solidarität zu mehr Souveränität
Der Landkreis	90. 2020, H. 8 – 9, Schäfer, Dorothea	S. 414 - 415	Gelebte Partnerschaft trotz Corona-Pandemie: Desinfektionsmittel vom Landkreis und kreative Partnergemeinden
Städte- und Gemeinderat	74. 2020, H. 10, S. Schäfer, Roland	17	Städtediplomatie durch Städtepartnerschaften?
Der Landkreis	90. 2020, H. 8 – 9, Spahn, Jens	S. 396 - 397	Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 im Gesundheitsbereich
Der Landkreis	90. 2020, H. 8 – 9, Speich, Mark	S. 404 - 405	Wir brauchen europäische Lösungen mit regionaler Verantwortung
Der Landkreis	90. 2020, H. 8 – 9, Struve, Tanja	S. 411 - 413	Das Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft aus Sicht des Deutschen Landkreistages
Aus Politik und Zeitgeschichte	70. 2020, H. 33- Ther, Philipp	37, S. 40 - 45	Wettbewerb der Systeme: Die Corona-Pandemie als Herausforderung für Demokratie und europäische Integration

Wirtschaftsdienst	100. 2020, H. 8, S. Tichy, Gunther 622-627	Europa in der Vertrauenskrise?
Der Landkreis	90. 2020, H. 8 – 9, Töns, Markus S. 400 - 401	Eine Ratspräsidentschaft voller Herausforderungen
Städte- und Gemeinderat	74. 2020, H. 10, S. Zimmermann, Uwe 6 - 8	Kommunaler Zusammenhalt auch in schwierigen Zeiten

VI. Partnerschaftsarbeit

Partnerschaftsgesuche

...aus Benin: Za-Kpota

Die Stadt Za-Kpota im westafrikanischen Benin ist am Aufbau einer Partnerschaft mit einer deutschen Kommune interessiert. Za-Kpota liegt etwa 100km von Cotonou, der wirtschaftlichen Hauptstadt des Landes und ca. 92km von der Hauptstadt Porto-Novo entfernt. Es ist eine junge Stadt - die Jugend stellt über 65 Prozent der Gesamtbevölkerung. Bei einer Fläche von 409km² hat Za-Kpota knapp 133.000 Einwohnerinnen und Einwohner - etwas unter 71.000 Frauen und etwa 62.000 Männer.

In Za-Kpota herrscht ein subäquatoriales Klima, welches durch zwei Regen- und zwei Trockenzeiten geprägt ist. Die längere Regenzeit dauert von Mitte März bis Mitte Juli, die kürzere von September bis November. Die Niederschlagsmenge unterlag im Laufe der vergangenen 40 Jahre starken Schwankungen. Diese klimatische Unsicherheit stellt ein hohes Risiko dar. Die Temperatur variiert zwischen 24°C und 34°C, wobei Januar und Februar die heißesten Monate sind. Der Klimawandel stellt die zentrale Herausforderung der Stadt dar. Durch die Küstenlage ist ganz Benin stark von den klimatischen Veränderungen und ihren sozio-ökologischen Auswirkungen betroffen.

Die Einwohnerinnen und Einwohner Za-Kpotas leben hauptsächlich von regengespeister Landwirtschaft. Die Auswirkungen des Klimawandels werden durch eine nicht nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen noch verstärkt und stellen eine große Bedrohung für die landwirtschaftliche Produktion dar.

Die Stadt wünscht sich daher eine Verbesserung bei der nachhaltigen Bewirtschaftung der Ressourcen, insbesondere von Wasser und Land. Ziel der Agrarentwicklungsstrategie der Stadt ist die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität und die Erhaltung der Ökosysteme.

(Oktober 2020)

...aus Benin: Aplahoué

Die Gemeinde Aplahoué in Benin ist am Aufbau einer Partnerschaft mit einer deutschen Kommune interessiert. Aplahoué ist die derzeitige Hauptstadt des Departamento Couffo und die größte der sechs Gemeinden im Departamento Couffo. Sie liegt im Südwesten Benins und grenzt im Norden und Nordosten an die Gemeinde Djidja, im Süden an die Gemeinde Djakotomey, im Osten an die Gemeinden Klouékanmey und Abomey und im Westen an die Republik Togo.

Zwischen 2002 und 2013 stieg die Bevölkerung der Gemeinde Aplahoué von 116.988 auf 171.109, was einer Wachstumsrate von 3,42% bei einer Bevölkerungsdichte von 1878 Einwohnern pro Quadratkilometer entspricht. Die Bevölkerung der Gemeinde Aplahoué hat eine ähnliche Struktur wie die des Landes Benin. Sie ist sehr jung: Die unter 15-Jährigen machen mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus. Die Altersgruppe der 18-40-jährigen stellt nur 44 Prozent der Bevölkerung, während die Bevölkerung ab 40 Jahre und älter nur 4 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht.

Die Kommune hat enorme natürliche Ressourcen wie beispielsweise Kiesbrüche, Laterit und andere Gesteinsarten, Ton sowie Wälder und natürliche Palmenhaine. Die Märkte von Asova gehören zu den größten Benins. Hinzukommen viele weitere touristische Sehenswürdigkeiten.

Die Haupteinnahmequelle der Gemeinde und ihrer Bürgerinnen und Bürger ist die Landwirtschaft. Auch der Handel spielt eine wichtige Rolle. Das Unternehmertum in der Gemeinde Aplahoué entspricht derzeit nicht den Bedürfnissen der Gemeinde. Verschiedene mittlere und große Projekte, die für Aufschwung in der Kommune sorgen könnten, kommen aufgrund des Fehlens motivierter Initiatoren nicht zustande. Es gibt jedoch vor allem im Handels- und Dienstleistungssektor viele kleine Projekte, die auf Anregung eines überwiegend weiblichen Kleinstunternehmertums entstehen.

Die Verkehrsinfrastruktur der Kommune ist in schlechtem Zustand. Zu den größten Herausforderungen zählen außerdem die geringe Umsetzung der Dezentralisierung, die mangelnde Bürgerbeteiligung, fehlende Schulinfrastruktur und Ausrüstung sowie das Fehlen eines Stadtentwicklungsplans.

Die Gemeinde wünscht sich Kooperationen insbesondere auf folgenden Gebieten: Abwasserentsorgung (Abfallwirtschaft), Bildung (Infrastruktur, Ausrüstung und Stipendien) sowie Tourismusmanagement.

(Oktober 2020)

...aus Benin: Djougou

Die Gemeinde Djougou in Benin ist am Aufbau einer Partnerschaft mit einer deutschen Kommune interessiert. Sie liegt im nördlichen Teil des nordwestlichen Benin im Departament Donga. Sie hat eine Fläche von 3.966 km² und ist etwa 461 km von Cotonou, der Wirtschaftshauptstadt von Benin entfernt. Im Departamento Donga (Chief Place) leben mehr als 61 Prozent der Bevölkerung in ländlichen Gebieten. Djougou ist ein Transitort, da hier eine Kreuzung von sechs Hauptstraßen liegt.

Die Gesamtbevölkerung der Gemeinde Djougou wurde im Jahr 2017 auf 300.543 Einwohnerinnen und Einwohner geschätzt. Kinder machen fast die Hälfte der Bevölkerung aus (ca. 47 Prozent). 70 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten in der Landwirtschaft. Der Handel mit Industrieerzeugnissen, landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Tieren ist nach Landwirtschaft und Viehzucht der drittgrößte Sektor. Durch den Handel und die verkehrsgünstige Lage gewinnt auch der Verkehrssektor immer mehr an Bedeutung.

Die Gemeinde ist reich an natürlichen Ressourcen und ihre Böden sind günstig für die Landwirtschaft. Bodenschätze (Sand, Kies, Laterit) und diversifizierte touristische Ressourcen (Paläste, heilige Wälder, geheimnisvolle Steine, Teiche, Hügel) machen den Reiz der Gemeinde Djougou aus.

Die Gemeinde Djougou bietet dank enormer personeller und natürlicher Potenziale ein gutes Investitionsumfeld. Dieses wird auch durch die Integration in die subregionale, nationale und internationale Wirtschaft begünstigt. Zu den Herausforderungen zählen die Organisation der Wertschöpfungsketten, das Problem der Gestaltung und Verfügbarkeit landwirtschaftlicher Betriebsmittel sowie die unkontrollierte und nicht nachhaltige Ausbeutung natürlicher Ressourcen.

Auch der Klimawandel stellt die Gemeinde vor Probleme wie beispielsweise Bodendegradation, die Ausrottung der Fischereiresourcen durch die Verschlammung von Flüssen, das Verschwinden von Weiden oder die klimatischen Risiken der Wüstenbildung. Die sozioökonomischen Folgen dieser Entwicklungen stellen ebenfalls eine Bedrohung dar. Hinzukommen ein niedriges Niveau der sozialen Grundversorgung und der schlechte Zustand der Landstraßen für den Waren- und Personenverkehr.

Die Gemeinde wünscht sich Kooperationen insbesondere in den Bereichen Hygiene und Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft, Klimawandel sowie Raumplanung und Urbanisierungsmanagement.

(Oktober 2020)

...aus den USA: Rio South Texas (Texas)

Über den „Transatlantic Business & Investment Council“ wurde ein Partnerschaftsgesuch der Region Rio South Texas an uns herangetragen.

Rio South Texas liegt im Süden des US-Bundesstaats Texas direkt an der mexikanischen Grenze am Ufer des Rio Grande. Die Grenzregion ist am Aufbau einer kommunalen Partnerschaft mit einer deutschen Kommune interessiert. Zu Rio South Texas gehören die Gemeinden McAllen, Brownsville und Weslaco. In der Nähe von Brownsville wird derzeit ein Weltraumbahnhof des US-amerikanischen Raumfahrtunternehmens SpaceX gebaut. Es bestehen enge wirtschaftliche Beziehungen zur mexikanischen Uferseite des Rio Grande. Beide Seiten haben sich im Rio South Texas Economic Council zusammengeschlossen.

(November 2020)

...aus den USA: East Montgomery County (Texas)

Über den „Transatlantic Business & Investment Council“ wurde ein Partnerschaftsgesuch des East Montgomery County, Texas, an uns herangetragen.

Das East Montgomery County, Teil des Montgomery County, Texas, USA, liegt etwa 25 Meilen noröstlich von Houston und ist am Aufbau einer kommunalen Partnerschaft mit einer deutschen Kommune interessiert. Der sog. East Montgomery County Improvement District (EMCID) setzt sich für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Region ein.

(November 2020)

...aus den USA: Tupelo (Mississippi)

Über den „Transatlantic Business & Investment Council“ wurde ein Partnerschaftsgesuch aus Tupelo, Mississippi, an uns herangetragen.

Tupelo in Mississippi (USA) ist am Aufbau einer kommunalen Partnerschaft mit einer deutschen Kommune interessiert. Die Stadt ist Sitz der Countyverwaltung im Lee County im US-Bundesstaat Mississippi. Als Geburtsort von Elvis Presley wurde Tupelo weltbekannt.

(November 2020)

Kommunen, die sich für eine Partnerschaft mit einer der oben genannten Kommunen interessieren, erhalten weitere Informationen bei der Geschäftsstelle der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, bei Frau Mascha Gerwin (E-Mail Adresse: mascha.gerwin@staedtetaq.de, Telefon: 0221/3771-315).

VII. Veranstaltungen / Wettbewerbe / Sonstiges

Online-Workshop „Städtepartnerschaften digital“ am 15. Dezember 2020

Die Geschäftsstelle Städtepartnerschaften der Auslandsgesellschaft.de bietet am 15. Dezember 2020 von 17:30 bis 19 Uhr einen Online-Workshop zum Thema „Städtepartnerschaften digital“ an. Die Veranstaltung richtet sich an zivilgesellschaftliche Akteure und Fachkräfte in Kommunen und Kreisen, insbesondere aus dem Bereich der nordrhein-westfälisch-britischen Partnerschaften. Als Expertin und Impulsgeberin ist Dr. Anke Knopp geladen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Mehr Informationen: <https://staedtepartnerschaftennrw.org/workshops/>

Aufruf für Vorschläge zum „Preis Frauen Europas – Deutschland“ 2021

Die Europäische Bewegung Deutschland (EBD) bittet ihre Mitgliedsorganisationen, zu denen auch die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) gehört, Vorschläge für die Wahl zur Frau Europas 2021 in Deutschland zu machen. Kandidatinnen sollen eine Vision über die zukünftige Gestalt Europas haben und sich seit mindestens zwei Jahren ehrenamtlich in herausragender Weise für die Förderung des europäischen Gedankens in Deutschland engagieren.

Der „Preis Frauen Europas – Deutschland“ wird seit 1991 verliehen und gibt den Preisträgerinnen und ihren Projekten eine öffentliche Aufmerksamkeit zur Stärkung ihrer politischen und gesellschaftlichen Rolle. Außerdem werden sie Teil des aktiven Netzwerkes der bisherigen Preisträgerinnen. Für Nominierungen ist das Ausfüllen des Formblatts und die Angabe zusätzlicher Informationen, Links und gegebenenfalls Fotos zum Engagement der Kandidatinnen notwendig.

Die Frist für die Nominierung von Kandidatinnen endet am 15. Dezember 2020.

Zum aktuellen Aufruf: https://www.netzwerk-ebd.de/wp-content/uploads/2020/10/EBD-PRO-Preis-Frauen-Europas-Auswahlprozess-2021_Brief-Aufruf-1.pdf

Mehr Informationen zum Preis: <https://www.netzwerk-ebd.de/aktivitaeten/preis-frauen-europas/> (ger)

Sieben deutsche Kommunen im Finale des Nachhaltigkeitspreises „Kommunale Partnerschaften“

Sieben deutsche Kommunen haben es mit ihren Partnerkommunen im Globalen Süden unter die Nominierten des diesjährigen Deutschen Nachhaltigkeitspreises „Kommunale Partnerschaften“ geschafft: Die Städte Aachen und Kapstadt in Südafrika, die Stadt Landau in der Pfalz mit dem Distrikt Ruhango in Ruanda, der Landkreis Enzkreis mit dem Masasi District Council und Masasi Town Council in Tansania, der Landkreis Karlsruhe und die Stadt Brusque in Brasilien, die Städte Lahr und Alajuela in Costa Rica, die Städte Leipzig und Addis Abeba in Äthiopien sowie die Städte Nürnberg und Nablus in den palästinensischen Autonomiegebieten.

Aus den Nominierten wird eine Expertenjury nun über die Top 3 und die Siegerpartnerschaft entscheiden. Die feierliche Preisverleihung findet am 4. Dezember 2020 im Rahmen des Deutschen Nachhaltigkeitstages statt. Das Preisgeld in Höhe von 60.000 Euro wird hälftig zwischen der deutschen Kommune und ihrer Partnerkommune geteilt. Den Preis verleiht die Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e.V. gemeinsam mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global.

Mehr Informationen: www.nachhaltigkeitspreis.de/kp/ (bb)

Chemnitz „Kulturhauptstadt Europas 2025“ in Deutschland

Chemnitz soll Deutschland als Europäische Kulturhauptstadt 2025 vertreten. Eine entsprechende Empfehlung verkündete die europäische Jury am 27. Oktober 2020. Die sächsische Stadt setzte sich damit im Finale gegen die Städte Hannover, Hildesheim, Magdeburg und Nürnberg durch. Bereits im Dezember 2019 waren die Mitbewerber Dresden, Gera und Zittau ausgeschieden.

Grundlage für die Jury-Entscheidung waren die eingereichten 100-seitigen Bewerbungsbücher sowie die wegen der Corona-Pandemie digital durchgeführten Stadtbesuche und finalen Präsentationen der Bewerberstädte. Unter dem Motto „C the unseen“ überzeugte die Stadt Chemnitz dabei mit seinem Blick auf Ungesehenes: auf die Ungesehenen der „stillen Mitte“, auf die ungesehene Stadt, die ungesehenen europäischen Nachbarn, die ungesehenen Orte und Biografien sowie die ungesehenen Talente in jedem Einzelnen.

Die offizielle Ernennung zur Europäischen Kulturhauptstadt 2025 erfolgt nun bis Jahresende durch die Kulturministerkonferenz im Benehmen mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters. Verantwortlich für die praktische Durchführung des nationalen Auswahlverfahrens ist die Kulturstiftung der Länder im Auftrag der Kultusministerkonferenz.

Jüngste Europäische Kulturhauptstadt aus Deutschland war Essen mit dem Ruhrgebiet im Jahr 2010. Davor trugen für Deutschland auch schon Weimar im Jahr 1999 und West-Berlin im Jahr 1988 den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt.

Mehr Informationen: www.kulturstiftung.de/initiativen/kulturhauptstadt-europas-2025-2/ (bb)

Bewerbungsphase für die Europäische Jugendhauptstadt 2024 gestartet

Seit 2009 vergibt das Europäische Jugendforum jährlich die Auszeichnung „Europäische Jugendhauptstadt“ an eine europäische Stadt. Ziel sind u.a. die Förderung der Jugendbeteiligung und die Stärkung einer europäischen Identität. Nun ist die Bewerbungsphase für die Jugendhauptstadt 2024 gestartet. Die Bewerberkommunen werden gebeten, ihre bisherigen Leistungen im Jugendbereich, ihre Motivation, die wichtigsten Herausforderungen für junge Menschen und ein facettenreiches Programm in ihrem Antrag darzulegen. Erwartet werden klare Pläne zur Befähigung und Einbeziehung junger Menschen, zur Fortsetzung und Ausweitung jugendbezogener Projekte sowie zu den längerfristigen Auswirkungen ihres europäischen Jugendhauptstadtjahres. Aktuell trägt Amiens in Frankreich den Titel der Europäischen Jugendhauptstadt.

Bewerbungsfrist ist der 17. Januar 2021.

Mehr Informationen: <https://www.youthforum.org/european-youth-capital-2024-applications-are-open>